



PRESSEMITTEILUNG

27.03.2023

Entwurf der Bundesregierung für ein Demokratiefördergesetz (DFördG)

Die DVPB warnt vor Entkernung und Instrumentalisierung der politischen Bildung

Am heutigen 27.03.2023 wird der Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Demokratiefördergesetz (DFördG) im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend diskutiert. Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB), größter Fachverband für politische Bildung in Deutschland, ist durch die Zweite Bundesvorsitzende Prof. Dr. Andrea Szukala (Universität Augsburg) als Sachverständige vertreten.

Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) unterstützt das Bestreben der Bundesregierung, die politische Bildung als eine zentrale Säule der Demokratie zu stärken. Allerdings werden - vermeintlich gleichrangig - mit dem wissenschaftlich elaborierten und in der Praxis über Jahrzehnte profilierten Feld der politischen Bildung auch die Begriffe Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention eingeführt. Was die Bundesregierung unter den jeweiligen Begriffen und Konzepten versteht, wird im Gesetzestext nur in Ansätzen deutlich. Wir befürchten daher eine Entkernung der politischen Bildung.

Wir fordern, dass die Anliegen der politischen Bildung im Demokratiefördergesetz (DFördG) stärker verankert werden, betont der Bundesvorsitzende Prof. Dr. Alexander Wohnig (Universität Siegen):

„*Basierend auf Grund- und Menschenrechten sowie der Notwendigkeit kritischer Mündigkeit für die Demokratie beruft sich politische Bildung auf einen dauerhaften Bildungsauftrag. Ziel ist es, Prozesse der Transformation von Selbst- und Weltverhältnissen sowie politische und gesellschaftliche Partizipation in einem pluralen, öffentlichen und demokratischen Raum zu unterstützen. Dies impliziert ausdrücklich die Möglichkeit von Kritik an bestehenden Verhältnissen.*“

Im Gegensatz zur Präventionsorientierung hat die politische Bildung kein defizitorientiertes Verständnis von Menschen und auch keine innenpolitische Agenda. Prof. Dr. Andrea Szukala, Zweite Bundesvorsitzende der DVPB erklärt:

„*Im Gegensatz zu einem defizitorientierten Ansatz – wie er im Feld Prävention zum Tragen kommt – betont politische Bildung die prinzipielle demokratische Kompetenz aller Menschen. An diese knüpft politische Bildung an, wenn sie ermutigt und befähigt, die bestehenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu analysieren, sich zu ihnen zu positionieren, sie kontrovers zu diskutieren und mit anderen zu gestalten. Ohne dieses gesellschaftliche Fundament kann sich die Demokratie nicht weiterentwickeln.*“

Politische Bildung ist keine Feuerwehr!

Eine staatliche Förderung politischer Bildung darf nicht davon abhängig gemacht werden, inwiefern sie gesellschaftspolitische Verwerfungen begegnet. Benedikt Widmaier, Mitglied des Bundesvorstandes und hessischer Landesvorsitzender der DVPB:

„*Politische Bildung darf ihren kritisch-reflexiven, pluralen, mündigkeitsorientierten und partizipativen Charakter nicht verlieren. Eine Förderlogik, die diesen Kern politischer Bildung nicht betont, könnte den paradoxen Effekt erzeugen, dass die etablierte Struktur non-formaler politischer Bildung geschwächt wird, weil sie vollständig oder vorwiegend einer Interventionslogik unterworfen wird. Wir*

warnen vor einer zunehmenden staatlichen Steuerung und Kontrolle. Die Träger, Einrichtungen und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen tragen als das eigentliche Fundament zur Stabilität und auch zur Professionalisierung der außerschulischen politischen Bildung als Daueraufgabe bei.“

Politische Bildung ist eine Voraussetzung für demokratische Inklusion

Auch durch die vom Gesetzentwurf vorgenommene Differenzierung zwischen politischer Bildung und „Vielfaltgestaltung“ werden Selbstverständnis und Aufgaben der politischen Bildung verkannt. Prof. Dr. Moritz Peter Haarmann (Leuphana Universität Lüneburg), Zweiter Bundesvorsitzender der DVPB betont:

„Politische Bildung dient der Befähigung aller Menschen zur politischen Intervention und zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft. Deshalb setzt sie an der Heterogenität und Pluralität von Lebenssituationen und Interessenlagen an. Die Vielfalt der Gesellschaft ist ihre wichtigste Ressource! Als gesellschaftliche Allgemeinbildung für alle analysiert und reflektiert politische Bildung Beteiligungsasymmetrien und unterstützt gerade auch politikferne Menschen dabei, sich politisch zu bilden und ihre Interessen in die demokratische Gestaltung von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen.“

Politische Bildung darf nicht reduziert werden auf politisches Wissen

Schließlich weist der Gesetzentwurf im Wesentlichen ein Funktionsverständnis politischer Bildung als Vermittlerin von Wissen über Sachverhalte und Aufforderung zur Beteiligung auf. Dieses Bildungsverständnis ist aus Sicht der DVPB nicht zeitgemäß und entspricht auch nicht der gängigen Praxis in heutigen Formaten der politischen Bildung. Dr. Steve Kenner (Freie Universität Berlin), Mitglied des Bundesvorstandes der DVPB:

„Wir sprechen uns gegen ein Verständnis politischer Bildung aus, das auf Wissensvermittlung reduziert wird. Der aktuelle Gesetzentwurf weist der politischen Bildung sehr eng definierte Aufgaben zu, die mit dem heutigen Professionsverständnis nicht in Einklang zu bringen sind.“

Politische Bildung ist eine Profession

Politische Bildung ist in der Bundesrepublik Deutschland getragen durch eine plurale Trägerlandschaft sowie die mit ihr verbundene staatlich finanzierte institutionelle Struktur von Landeszentralen und der Bundeszentrale für Politische Bildung als herausragendem Modell für ähnliche Gründungen weltweit. Sie ist eine eigenständige universitäre Disziplin mit einer disziplinären Fachcommunity von Forscher*innen, vernetzt durch eine Reihe von anerkannten Fachgesellschaften, die wiederum in hohem Maße international vernetzt sind. Politische Bildung verfügt mit dem Beutelsbacher Konsens über allgemein anerkannte Professionsstandards sowie über hochwertige Qualitäts- und Ausbildungsstandards, die stetig weiterentwickelt werden.

Wir können bisher nicht erkennen, dass politische Bildung inhaltlich und strukturell angemessen im Demokratiefördergesetz verankert ist, und warnen daher vor einer Entkernung in der Folge des bisherigen Gesetzesentwurfs.

Der Bundesvorstand der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Kontakt zum Bundesvorstand der DVPB:

Anfragen an Prof. Dr. Andrea Szukala
zum BT-Anhörungsverfahren
Telefon: +49 (0) 821 598 – 5583 (Sekretariat)
E-Mail: Christine.singer@phil.uni-augsburg.de (Sekretariat)

Allgemeine Anfragen an die DVPB
Dr. Steve Kenner
Telefon: +49 (0) 30 838 56805
E-Mail: steve.kenner@dvpb-nds.de

Die vollständige Stellungnahme der DVPB zum Gesetzentwurf der Bundesregierung finden Sie hier:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/939048/2a6702bf2a18218e2867369e98901ae5/20-13-55c-data.pdf> (letzter Zugriff: 27. März 2023)